

27.09.2011

Nachgefragt

»Angepasste Lösung für die DG finden«

Nachdem die Unterhändler in Brüssel am vergangenen Samstag eine Einigung über das künftige Finanzierungsgesetz erzielt haben, scheint der Weg für eine sechste Staatsreform und die Bildung einer neuen Föderalregierung frei. Das Grenz-Echo befragte zu den jüngsten Entwicklungen die direkt gewählten ostbelgischen Abgeordneten im föderalen Parlament, Claudia Niessen (Senat) und Katrin Jadin (PFF-MR). (boc)

Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR): »Das Ergebnis der Verhandlungen kann durchaus als ausgeglichen bezeichnet werden. Dem Wunsch der Flamen, mehr finanzielle Autonomie zu erhalten, wird man gerecht, gleichzeitig wird der Angst der Frankophonen, die Flamen könnten zu sehr auf die steuerliche Konkurrenz spielen, Einhalt geboten. Die Frankophonen haben das Solidaritätsprinzip gewahrt, verpflichten sich aber auch den Flamen gegenüber, in den kommenden zehn Jahren das Entwicklungsdefizit aufzubessern. Auf dieser Grundlage kann ich mich mit dieser durchaus Reform anfreunden.

Für die DG bleibt in den kommenden Tagen noch abzuwarten, welche Befugnisse direkt an die DG übertragen werden und wie dies budgetär verbuchbar sein wird. Wichtig ist meines Erachtens auch, dass das verfassungsrechtliche Prinzip der »föderalen Loyalität« gewahrt bleibt, da dieses ein entscheidender Beweis dafür ist, dass wir auch in Zukunft noch in Belgien gemeinsam schalten und walten wollen. Wichtig bleibt die Frage wie die Regierung sich zusammensetzen wird. Für uns Liberale bleibt es eminent, dass im Zuge der Verhandlungen auf sozioökonomischer Ebene die Kaufkraft unserer Mitbürger und die Dynamik und finanzielle Gesundheit unserer hiesigen Unternehmen gewahrt bleibt. Das läuft nicht über erhöhte Steuern, wie dies die Ursprungsnote von Di Rupo vorsah. Ausserdem brauchen wir schnell klare Zeichen, was die Sicherung unseres Rentensystems betrifft. Es wird aber kaum möglich bleiben, bereits mit 58 Jahren in Rente zu gehen.«